

PROTOKOLL



Zu der auf **Freitag**, den **17.03.2017**, um 19:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** waren erschienen:

VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:

CDU-Fraktion

Büchler, Ruth
 Ergler, Volker
 Frank, Elvira
 Gutperle, Jürgen
 Haas, Sigrid
 Käser, Hannah
 Kempf, Bastian
 Kruhmann, Torben
 Ringhof, Martin
 Scheidel, Jörg
 Schübeler, Norbert
 Weiße, Tobias
 Winkler, Christoph

Stv.-Vorsteher

UBV-Fraktion

Benz, Walter
 Bleiholder, Rolf
 Bleiholder, Urte
 Migenda-Wunderle, Rosemarie
 Nordmann, Rolf
 Dr. Stülpner, Henrik
 Toth, Anton
 Wunderle, Bernhard

FDP-Fraktion

Kammer, Bernhard
 Jünemann, Ralf

SPD-Fraktion

Baus, Michael
 Brauner, Silke
 Forg, Klaudia (ab 20:00 Uhr, TOP 6/7)
 Hanf, Alicia
 Hofmann, Klaus (ab 19:15 Uhr, TOP 6/7)
 Neuß, Peter
 Rihm, Dieter
 Dr. Ritterbusch, Jörn
 Schäfer, Daniel
 Wohlfart, Maximilian (ab 19:10 Uhr, TOP 2)

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Helbig, Marcella
 Klee, Wolfgang
 Winkenbach, Manfred
 Zöller-Helbig, Helga

Fraktion Die Linke.

Altinalan, Tugce Sebnem
 Weißenberger, Albert

WGV-Fraktion

Kempf, Beate
 Kempf, Ralf

Entschuldigt fehlten Engelbert Renner, Richard Werle, Hussein Atris und Andreas Häfele.

TAGESORDNUNG:

1. Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) Geographisches Informationssystem (GIS) und INSPIRE
hier: Abschluss der Vereinbarung
 2. Bebauungsplan Nr. 240-6a „Viernheim Ost“ Änderung
 1. Abwägungsbeschluss
 2. Satzungsbeschluss
 - (neu) 3. Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des sich in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 231-10 „Hinter den Zäunen/ Heidelberger Str. Ost“
 - (neu) 4. Städtebauliche Sanierungsmaßnahme „Innenstadt Viernheim“ ab 1963/1972; Abschluss der Maßnahme, Abrechnung gegenüber dem Land.
Vorlage der Abrechnung bei der WiBank und dem Land Hessen
 - (neu) 5. Bericht über die Arbeit der Stadtpolizei
 - (neu) 6. Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP:
Zukunft des Viernheimer Rathauses
 - (neu) 7. Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP:
Einsetzung eines Planungsausschusses "Rathaus"
- nicht-öffentlich:
- (neu) 8. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen

1. Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) Geographisches Informationssystem (GIS) und INSPIRE hier: Abschluss der Vereinbarung

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 30.12.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass der Ausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt habe.

Stv. Büchler sagte, dass die CDU-Fraktion sich dem Beschlussvorschlag anschließen werde, da man eine solche Interkommunale Zusammenarbeit des Kreises mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden unterstütze und außerdem keine zusätzliche Kosten für Viernheim anfallen werden.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben der kommunalen Arbeitsgemeinschaft beizutreten und einen Vertrag mit dem Kreis Bergstraße abzuschließen, der den Zielsetzungen in der Erläuterung entspricht.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt, ASU, BVLA

*Stv. Nordmann und Stv. Weiße verließen wegen Widerstreit
der Interessen den Sitzungssaal.*

2. Bebauungsplan Nr. 240-6a „Viernheim Ost“ Änderung 1. Abwägungsbeschluss 2. Satzungsbeschluss

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 28.02.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf berichtete, dass der Ausschuss einstimmig zugestimmt habe.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis davon, das aus der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Anregungen eingebracht wurden und insoweit keine Beschlussfassung dazu erforderlich ist.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 240-6a „Viernheim Ost“ Änderung (Anlage 1) als Satzung und billigt die Begründung hierzu.

Der Satzungsbeschluss ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BVLA

(neu) 3. Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des sich in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 231-10 „Hinter den Zäunen/ Heidelberger Str. Ost“

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 28.02.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf berichtete, dass sich der Bebauungsplan in diesem Gebiet in Aufstellung befinde. Da man gleichzeitig auch über das Einzelhandelskonzept berate, mache es Sinn, am Status Quo aktuell nichts zu verändern.

Für die CDU-Fraktion sagte er, dass man dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des sich in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 231-10 „Hinter den Zäunen/ Heidelberger Straße Ost“.

Der Satzungstext ist öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 39 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BVLA

Stv. Nordmann, Stve. Beate Kempf, Stv. Ralf Kempf, Stv. Wunderle, Stv. Neuß, Ehrenstv. Winkenbach, Stv. Weißenberger, Stve. Migenda-Wunderle, Stve. Käser und Stv. Dr. Stülpner verließen wegen Widerstreit der Interessen den Sitzungssaal.

(neu) 4. Städtebauliche Sanierungsmaßnahme „Innenstadt Viernheim“ ab 1963/1972;

Abschluss der Maßnahme, Abrechnung gegenüber dem Land. Vorlage der Abrechnung bei der WiBank und dem Land Hessen

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 07.02.2017

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf und der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichteten, dass die Vorlage in beiden Ausschüssen ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen wurde.

Auszug: ASU, Kämmereiamt, BVLA

(neu) 5. Bericht über die Arbeit der Stadtpolizei

Bezug: Vorlage des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 22.02.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass Ordnungsamtsleiter Klein die Arbeit der Stadtpolizei präsentiert habe. Einige Nachfragen seien beantwortet worden. Die Stadtpolizei befinde sich an den Kapazitätsgrenzen. 1. Stadtrat Bolze habe vorgeschlagen, das Personal aufzustocken.

Stv. Winkler sagte, dass es eine zentrale Aufgabe der Kommune sei, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Die Stadtpolizei sei ein wichtiger Beitrag. Der Bericht zeige die vielfältige und wichtige Arbeit auf und werde mit der jährlichen Fortschreibung dazu dienen, steuernd eingreifen zu können. Für die Fortschreibungen wünschte er sich, dass deutlicher herausgearbeitet werde, mit welcher Intensität die einzelnen Stadtteile bestreift werden. Außerdem sollten die haushalterischen, organisatorischen und personellen Auswirkungen aufgezeigt werden, falls man das Schichtmodell ausweiten wolle.

Auszug: Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung

Die TOPs (neu) 6 und (neu) 7 wurden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beraten.

(neu) 6. Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP: Zukunft des Viernheimer Rathauses

Bezug: Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP vom 06.03.2017

(neu) 7. Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP: Einsetzung eines Planungsausschusses "Rathaus"

Bezug: Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP vom 06.03.2017

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Stv. Bastian Kempf erklärte, dass es im Rathaus an allen Ecken und Enden klemme. Dies würden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Neujahrsgang jedes Jahr wieder bestätigen. Die fehlende Wärmeisolierung spiegle sich auch in den Energiekosten wieder (125.000 € für Fernwärme). Man heize also die Euro-Scheine direkt durch die einglasigen Fenster nach draußen. Man habe eine Verantwortung gegenüber den Gästen des Hauses und natürlich den Mitarbeitern. Brandschutzü-

ren seien bereits für 120.000 € eingebaut worden.

Die sogenannte Arbeitsgruppe Rathaus habe in ihrem Bericht von einer frühesten Entscheidung 2017 gesprochen. Aktuell werde aber wieder von ganz anderen Zeiten gesprochen. Mit der CDU, UBV und FDP werde es ein weiteres Verschieben auf den St. Nimmerleinstag nicht mehr geben.

Man schlage gemeinsam eine grundhafte Sanierung am Standort vor, denn das Rathaus gehöre in die Innenstadt. Außerdem müsste bei einem anderen Standort zunächst die Nachnutzung des Innenstadt-Standortes geklärt werden. Ein Neubau an gleicher Stelle werde deutlich teurer, da ganz andere Auflagen erfüllt werden müssten.

Der Zeitpunkt sei günstig, da die Konditionen auf dem Kapitalmarkt selten so gut gewesen seien wie aktuell. Das Hinausschieben habe bisher schon Mehrkosten in Höhe von rd. 2 Mio. € verursacht. Eine denkbare Option sei auch ein externer Investor (PPP-Modell).

Man schlage heute einen Grundsatzbeschluss vor. Es sollen Gespräche mit der Aufsichtsbehörde geführt werden, wie man das Projekt im Haushalt abbilden könne. Die Planungen sollen außerdem zügig vorangetrieben werden, sodass ein Zeitplan bis Mitte des Jahres vorgelegt werden könne. Um die anderen Ausschüsse zu entlasten, soll ein Sonderausschuss eingerichtet werden, in dem jede Fraktion mindestens einen Sitz hat (13 Sitze insgesamt).

Abschließend betonte er, dass man endlich etwas tun müsse. Man sollte auf die Chancen nach vorne schauen und nicht auf die Risiken nach hinten.

Stv. Benz sagte, dass Stv. Bastian Kempf bereits die Gründe für den Antrag ausführlich dargelegt habe. Das Thema Rathaus wurde Jahrzehnte vor sich hergeschoben und die UBV habe schon lange klargemacht, dass es sich dabei um ein zentrales Thema handle. Momentan seien die finanziellen Rahmenbedingungen ideal. Die Mitarbeiter haben ein Anrecht auf entsprechende Standards an ihrem Arbeitsplatz. Als Brundtlandstadt müsse man außerdem Vorbild sein. Das Rathaus verschlinge allerdings so viel Energie wie kein anderes Gebäude. Alleine die Energieeinsparungen reichen, um die Zinsen abzudecken. Die Finanzlage der Stadt sei zwar ein großes Problem, dies könne aber nicht immer „Nein“ bedeuten.

Stv. Schäfer sagte, dass niemand überzeugt werden müsse, dass das Rathaus die Anforderungen nicht erfülle (Platznot, energetische Fragen, Brandschutz). Deshalb hätten sich Teile der letzten Stadtverordneten-Versammlung sowie die Verwaltung in mühevoller Kleinarbeit mit dem Thema auseinandergesetzt. Auch die neuen Fraktionen in der Stadtverordneten-Versammlung sollen Gelegenheit bekommen, Informationen aus erster Hand zu erhalten: Am 10.12.2015 habe die Stadtverordneten-Versammlung den ursprünglichen Beschluss zur Sanierung des Rathauses aufgehoben, das Ergebnis der Arbeitsgruppe als Grundlage des weiteren Vorgehens zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen beschlossen.

Als Schutzschirmkommune müsse man sich aber an die geschlossenen Verträge halten. Man habe in den letzten Jahren bereits vorzeigbare Ergebnisse erreicht, müsse nun aber auch weitermachen, um sich aus der rigiden Finanzaufsicht des Regierungspräsidiums zu befreien. Mit den aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen sei ein Haushalt mit einem Rathausumbau nicht genehmigungsfähig. Ihn interessierten besonders die „positiven Rückmeldungen aus Wiesbaden“ und er würde sich freuen, wenn alle Stadtverordneten über diese informiert werden würden.

Die SPD-Fraktion orientiere sich an der Haushaltsgenehmigung 2017. Aber selbst wenn der Haushalt genehmigungsfähig wäre, hätte man trotzdem noch 12 Mio. € Kassenkredite mit dem Risiko einer Mehrbelastung von 120.000 € / Jahr pro %-Punkt Zinsanstieg.

Fraglich sei außerdem, ob die Leidenschaft für das Rathaus von den Bürgern ebenso geteilt werde oder ob den Bürgern nicht andere Dinge wichtiger wären (Kindertagesstätten, Straßen, Kanal). Da man den Bürgern in den vergangenen Jahren so viel abverlangt habe (Steuer- und Gebührenerhöhungen) tue man sich mit einer solchen Investition schwer.

Er zeigte sich skeptisch, ob wirklich durch die Energieeinsparungen die Zinsen abgedeckt werden können, denn auch neue Gebäude müssen beheizt werden. Außerdem würden die Instandhaltungskosten steigen. Er fragte nach den erheblichen Zuschüssen aus Fördertöpfen. Ihm seien keine bekannt.

Abschließend sagte er, dass man sich eine solche Investition in dieser Größenordnung leider nicht leisten könne und dass diese Tatsache auch noch ein paar Jahre so sein werde.

Zum Verfahren sagte er, dass man sich gegen eine Sanierung nie ausgesprochen habe. Man habe gehofft, dass sich UBV und FDP gegenüber verschiedenen Varianten offen zeigen würden. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe sei gewesen, dass man Machbarkeitsstudien zu 3 möglichen Varianten erhalten wolle. Außerdem wollte man die Bürger mitbestimmen lassen. Diese Beschlüsse sollen nun aufgehoben werden. Obwohl seit Monaten Transparenz beschworen werde, lege man sich nun fest. Ein Sonderausschuss sei unnötig, Haupt- und Finanzausschuss sowie der Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen könnten dieses Thema (z.B. in Sondersitzungen) behandeln.

Ehrenstv. Winkenbach sagte, dass er keine neuen Argumente gehört habe. Er betonte, dass das Argument, die Arbeitsgruppe Rathaus habe geheim getagt, falsch sei. Die Fakten würden durch ein diffuses Wollen überlagert. Er fragte, ob die Antragsteller den Schutzschirm, die zahlreichen Auflagen des Regierungspräsidiums, die drastischen Steuererhöhungen und die schiefe Finanzlage vergessen haben. Dazu komme, dass die neuen Fraktionen die angespannte Finanzlage massiv kritisiert haben. Die finanziellen Folgen in diesem Fall werden ignoriert. In der Presse werde der Eindruck geweckt, dass man Geld für eine solche Maßnahme erhalten würde. Er stellte fest, dass es kein Investitionsprogramm für Verwaltungsgebäude gebe.

Das Rathaus sei und bleibe eine „Energieschleuder“ und es bestehe erheblicher Sanierungsbedarf. Andererseits sei das Rathaus abbezahlt. Die angesprochenen günstigen Zinsen bekomme man nur auf kurze Laufzeiten und die Zinspolitik werde nicht ewig so bleiben. Über ein Finanzierungsmodell dürfe natürlich diskutiert werden. Man müsse sich aber im Klaren sei, dass auch ein Investor verdienen möchte. Er schlug vor, dass Bürger Anleihen erwerben können. Leider werde nicht mehr über Alternativen zur Sanierung nachgedacht.

Die CDU-Fraktion scheue nun die Öffentlichkeit, die Bürger dürfen nicht mitreden. Die Grünen stellen sich lieber der Diskussion ohne sich vorher festzulegen.

Zum beantragen Sonderausschuss sagte er, dass es nicht nachvollziehbar sei, eine so große Maßnahme ohne die erfahrenen Gremien anzugehen. Die bestehenden Ausschüsse könnten dies mit Sondersitzungen bewältigen.

Abschließend betonte er, dass ein Investitionsstau vorliege, aber auch viele andere Dinge anstehen (Straßen, Feuerwehrgerätehaus usw.).

Stv. Kammer bedankte sich für die guten Gespräche mit UBV, CDU und WGV (die sich im Nachhinein ebenfalls bereit erklärt hätten, mitzuarbeiten). Er freute sich darüber, dass die SPD-Fraktion ebenfalls Handlungsbedarf sehe. Man müsse deshalb prüfen, was betriebswirtschaftlich möglich sei. Er zeigte sich zuversichtlich, dass das Regierungspräsidium auf die Argumente hören werde. Wegen der aktuellen Zinslage müsse man so schnell wie möglich handeln. Er stellte der SPD-Fraktion die Frage,

wie lange man denn sonst noch warten solle. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien viel zu wichtig, als dass man sie den großen Risiken im Haus aussetzen könne. Es sei richtig, dass die FDP-Fraktion ursprünglich eine andere Variante bevorzugt habe. Man habe allerdings erkannt, dass die Sanierung am schnellsten umzusetzen und rechtlich machbar sei. Der Bürger habe seine Entscheidung bereits am Wahltag getroffen. Man habe den Auftrag der Bürger, die Verantwortung zu übernehmen. Es würde sehr lange dauern, alle Bürger einzubeziehen. Zum geplanten Sonderausschuss sagte er, dass man ständige Sondersitzungen brauchen würde. Deshalb sei es sinnvoll, ein Projekt dieser Größenordnung in einem eigenen Ausschuss zu beraten. Außerdem habe dann jede Fraktion Stimmrecht. Zum Vorwurf, man habe die Finanzsituation vergessen, betonte er, dass man dies gerade nicht habe. Man müsse alle Varianten prüfen und es dann mit dem Regierungspräsidium absprechen.

Stv. Weißenberger sagte, dass die Situation des Rathauses seit 2001 nicht verändert habe. Dennoch sei ein Schnellschuss nicht richtig. Die Sanierung werde wahrscheinlich teurer als 13 Mio. € werden (z.B. wegen möglicher Asbestproblematiken). Die Linke bleibe deshalb bei dem Vorschlag, in der Innenstadt ein zentrales Bürgerbüro zu belassen und ein technisches Rathaus an der Peripherie zu errichten. Anders als die FDP-Fraktion bleibe man bei seiner Meinung und falle nicht um. Auch ein Sonderausschuss sei unnötig.

Stv. Bastian Kempf sagte, dass er der Legendenbildung vorbeugen wolle. Die Arbeitsgruppe Rathaus selbst habe in ihrem Bericht ausgeführt, dass eine Entscheidung frühestens 2017 erfolgen könne. Außerdem spreche auch der Bericht von dem Förderprogramm zur energetischen Sanierung kommunaler Nicht-Wohngebäude (rd. 1,7 Mio. €). Durch eine Sanierung können die Energiekosten auf rd. 6.000 € / Jahr gesenkt werden (laut Bericht der AG Rathaus). Die Haushaltsgenehmigung beinhalte den Satz „Ausnahmen sind möglich“.

Ehrenstv. Winkenbach sagte, dass man von frühestens 2017 gesprochen habe. Mittlerweile sei klar, dass dies zu früh sei. Die mögliche Förderung von 1,7 Mio. € sei angesichts der Gesamtsumme von geplanten 13 Mio. € „Peanuts“. Natürlich könne man aber beim Regierungspräsidium anfragen und dann einen entsprechenden Antrag stellen. Die antragstellenden Fraktionen wollen sich als „Macher“ positionieren. Dies sei falsch. Man müsse auch andere Dinge in Viernheim beachten (z.B. Feuerwehrgerätehaus).

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen um diese Gesamtproblematik.

Stv. Ergler sagte, dass es verwunderlich sei, von einem „Schnellschuss“ zu sprechen bei einem Thema, welches bereits die Amtszeiten von drei Ersten Stadträten überlebt habe. Es habe bereits einen Grundsatzbeschluss gegeben, der kurz vor der Umsetzung stand. Wenn man den Weg weitergegangen wäre, hätte man nun ein komplett saniertes Rathaus und könne sich um andere Dinge kümmern. Wenn man nichts tue habe man auch keine Gewissheit, dass es in 5 oder 10 Jahren keine anderen wichtigen Dinge gebe. Man müsse seiner Verantwortung nachkommen. Privat wäre man bei einem solchen Zustand schnell soweit, etwas zu tun. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben diese Option nicht und hören seit Jahrzehnten die gleichen Argumente. Man habe nun eine andere Situation als vor ein paar Jahren, da man Kredite mit Zinsen mit einer Null vor dem Komma erhalten könne.

Beschluss zu TOP (neu) 6:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Das Viernheimer Rathaus soll so zeitnah wie möglich saniert werden. Der vorhergehende Beschluss auf Antrag der SPD Fraktion vom 10.12.2015 wird aufgehoben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich bei den zuständigen Aufsichtsbehörden für eine Genehmigung einzusetzen sowie unter Einbeziehung der Fraktionen mit diesen zu definieren, ob und wenn ja unter welchen Rahmenbedingungen einer zusätzlichen jährlichen Haushaltsbelastung zugestimmt werden kann. Dabei ist insbesondere zu definieren, welchen Finanzierungsmodellen (Nettoneuverschuldung durch Kreditaufnahme, externer Investor / PPP) bei welcher jährlichen Haushaltsbelastung eine Genehmigung erteilt werden kann. Zu allen Modellen ist dem zuständigen Ausschuss bis zur parlamentarischen Sommerpause Vorlage zu machen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem zuständigen Ausschuss noch vor der parlamentarischen Sommerpause Vorlage zu machen, wie eine Sanierung des Rathauses auf Grundlage der vorhandenen Planungen des Büros Oberst & Kohlmayer zügig vorangetrieben werden kann.

Abstimmung: 25 Ja-Stimme(n), 16 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP (neu) 7:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Zur Planung und laufenden Begleitung der Bauarbeiten am Viernheimer Rathaus wird ein Sonderausschuss eingesetzt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung überträgt dem zu bildenden Sonderausschuss neben den planerischen und den Bau begleitenden Aufgabenstellungen auch die Beratung der mit der Maßnahme einhergehenden finanziellen Fragen. Die Hauptsatzung wird entsprechend geändert.
3. Der Ausschuss besteht aus 13 stimmberechtigten Mitgliedern und soll im Benennungsverfahren besetzt werden. Der Personalrat soll mit beratender Stimme im Sonderausschuss vertreten sein.

Abstimmung: 25 Ja-Stimme(n), 16 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: BVLA, ASU, Hauptamt, Kämmereiamt

TOP 8 wurde in nicht-öffentlicher Sitzung beraten.

(neu) 8. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 02.02.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt der unbefristeten Niederschlagung diverser städtischer Forderungen in Höhe von 69.498,78 € zu.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmereiamt

ENDE DER SITZUNG: 21:00 Uhr

DER STV.-VORSTEHER:

gez.: S c h ü b e l e r

(Norbert Schübeler)

DER SCHRIFTFÜHRER:

gez.: H a a s

(Philipp Haas)

F.d.R.d.A.

(Oberinspektor)

INHALTSVERZEICHNIS

1. Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) Geographisches Informationssystem (GIS) und INSPIRE
hier: Abschluss der Vereinbarung
2. Bebauungsplan Nr. 240-6a „Viernheim Ost“ Änderung
 1. Abwägungsbeschluss
 2. Satzungsbeschluss
- (neu) 3. Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbe-
reich des sich in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 231-10 „Hinter
den Zäunen/ Heidelberger Str. Ost“
- (neu) 4. Städtebauliche Sanierungsmaßnahme „Innenstadt Viernheim“ ab 1963/1972;
Abschluss der Maßnahme, Abrechnung gegenüber dem Land.
Vorlage der Abrechnung bei der WiBank und dem Land Hessen
- (neu) 5. Bericht über die Arbeit der Stadtpolizei
- (neu) 6. Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP:
Zukunft des Viernheimer Rathauses
- (neu) 7. Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP:
Einsetzung eines Planungsausschusses "Rathaus"

nicht-öffentlich:

- (neu) 8. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen